

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich muss gestehen, als ich auf der Tagesordnung den Punkt entdeckte, über den wir hier gerade sprechen, habe ich das für einen der derben Karnevalsscherze gehalten, die uns derzeit allerorten überfluten, denn es gehört schon ein gerüttelt Maß an Chuzpe dazu, so einen Entwurf einzubringen. Besonders, dass sich die SPD an derartigen obskuren Resolutionen beteiligt, ja sie womöglich noch initiiert hat, ist ein Armutszeugnis für diese Partei, die einmal mit Brandt einen der besten Bundeskanzler gestellt hat, den diese Republik je hatte, und der mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ in den Wahlkampf gezogen ist.

Somit ist auch die Tatsache, dass sich die SPD an diesem Machwerk beteiligt und sich dafür hergibt, auch ein Hinweis auf den Niedergang dieser Partei, die es seit der Ära Brandt geschafft hat, ihre Wählerschaft zu halbieren.

Bei der CDU ist man weniger überrascht, denn welche seltsame Vorstellungen diese Partei von Demokratie hat, wissen wir spätestens seit Merkels denkwürdigem Ausspruch „von der marktkonformen Demokratie“ und kann man gerade sehr schön in Bezug auf die Verhandlungen Griechenland beobachten.

Gerade in der heutigen Zeit, in der Parteien dankbar sein sollten über jeden Menschen, der bereit ist sich politisch zu engagieren, fällt den Mainstreamparteien, die es immer noch wagen, sich Volksparteien zu nennen, nichts anderes ein als wieder Sperrklauseln und 3% Hürden einzuführen. Am liebsten wäre ihnen vermutlich ein Zweiparteiensystem, denn das macht das Arbeiten so hübsch einfach und die Bürger können einem nicht auf die Finger schauen. Derartige Resolutionen tragen vermutlich mehr zur Parteien- und Politikverdrossenheit bei als sich die Mainstreamparteien dies auch nur im Entferntesten vorstellen können.

In salbungsvollen Sonntagsreden wird das heiße Bemühen zu mehr Partizipation beschworen und wie brennend man doch eintritt für die Bürgerbeteiligung, aber kommt es dann zum Schwur haben die Mainstreamparteien, wie SPD und CDU, nichts Besseres zu tun, als das Demokratieprinzip durch eine Sperrklausel wieder einzuschränken und „das Volk, den großen Lümmel“, wie es bei Heine so schön heißt, wieder auszusperrten- es lebe die Exklusion- und das auch noch mit der skandalösen Begründung, damit die Demokratie retten zu wollen. Das ist der Gipfel der Heuchelei!

Fast 50% der Wahlberechtigten in diesem Land fühlen sich so abgehängt und von der Politik im Stich gelassen, dass sie nicht mehr wählen gehen. Anstatt sich zu fragen warum immer mehr Menschen sich von den sog. Volksparteien nicht mehr vertreten fühlen und zu kleineren Parteien, Bürgerinitiativen oder Bündnissen wechseln, um sich dort politisch zu betätigen, hat man bei den Volksparteien nur den Wunsch diese Menschen auszuschließen, um in Ruhe arbeiten zu können. Man versucht diesen Beweggrund allerdings mühsam zu kaschieren, in dem man vorgibt, die Stadtparlamente seien sonst nicht mehr handlungsfähig. Besonders bei den Machtverhältnissen in Gelsenkirchen, wird einem klar, wie scheinheilig und armselig dieses Argument ist. Mal ganz abgesehen davon, dass die meisten Verfassungsgerichtsurteile, die es dazu gibt, keinen wirklichen Spielraum für eine Sperrklausel sehen, außer wenn die Funktionsfähigkeit ansonsten nicht mehr gewährleistet wäre. Die Hürden dafür dürften recht hoch liegen. Nur die Tatsache, dass Sitzungen sich verlängern und der demokratische Willensbildungsprozess länger braucht, dürften als Begründung dazu nicht ausreichen. Es sei denn, man fühlt eine geistige Nähe zu Leuten wie Henkel und Konsorten, der sich im deutschen Fernsehen mal unwidersprochen, mit dem Statement vernehmen ließ: Es sei ja fraglich, ob die heutige Form der Demokratie noch zeitgemäß sei, denn die demokratisch-parlamentarischen Prozesse dauerten ja immer so lange! Da weiß man doch gleich wes Geistes Kind solche Resolutionsentwürfe sind.

Ich bitte also jeden, dem Demokratie wirklich etwas bedeutet und dem der Bürgerwille nicht gleichgültig ist und hier schaue ich jetzt mal besonders die jungen Menschen in der SPD an und die, die den Geist Brandts noch nicht völlig abgeschrieben haben, gegen diese Resolution zu stimmen, alles andere wäre eine Entscheidung, die uns wieder ein Stück näher an einen Zustand heranbringt, den Crouch im wissenschaftlichen Diskurs mit dem Begriff der Postdemokratie, bezeichnet hat.

Die Linke wird selbstredend gegen diese Resolution stimmen.

Ich danke Ihnen!

*Es gilt das gesprochene Wort!*